



PI-NEWS-KOLUMNE VON MARTIN E. RENNER

Vom Linksstaat über den EU-Staat zum One-World-Regime

Von MARTIN E. RENNER | Am vergangenen Wochenende wurde auf dem Bundesparteitag der „Alternative für Deutschland“ in Braunschweig ein neuer Bundesvorstand gewählt. Auch die anderen Parteien veranstalteten zuvor oder, wie die SPD, eine Woche danach ihre Parteitage. Ein geeigneter Anlass zu einem Blick auf die Situation in unserem Land und auf die Aufgaben, die die AfD anzugehen hat.

Es steht schlimm um unser Land. Die unselige GroKo treibt mit Hilfe ihrer Spießgesellen aus Medien, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und den vielen durch Staatsgeld geförderten Institutionen der sogenannten „Zivilgesellschaft“ einen Nagel nach dem anderen in den Körper unserer Gesellschaft. Der unheilvolle Geist des linken Kulturmarxismus – „der stets das Gute will und stets das Böse schafft“ – wütet wie nie zuvor, kennt gar keine Grenzen mehr. Mann gegen Frau, Jung gegen Alt, Arm gegen Reich, Gebildet gegen Ungebildet, Leistung und Fleiß gegen Bequemlichkeit und Schmarotzertum.

Nicht nur für Deutschland gilt das eben Beschriebene, zunehmend auch für die Länder im westlichen Europa, wenn auch in Deutschland in besonders krasser, beschleunigter und

zerstörerischer Weise. Diese Erscheinungsformen des angewandten Internationalsozialismus, den man getrost auch Neo- oder Kulturmarxismus nennen sollte, sind dabei keineswegs Ausdruck eines etwaigen „Volkswillens“, sondern dem Staatsvolk, also unserer nationalen Gemeinschaft, durch das selbsternannte, globalistisch denkende, neo-feudalistisch agierende „Establishment“ von oben aufoktroyiert.

Nie da gewesene sozialistische Gleichmacherei

Wir erleben eine nie da gewesene sozialistische Gleichmacherei, in der die gesellschaftliche Mehrheit marginalisiert, also als etwas Nebensächliches und Unbedeutendes ins Abseits geschoben werden soll. Die Diffamierung, die Tabuisierung und die Eliminierung des Einheits- und Einigkeitsgedankens reicht von der familiären Gemeinschaft – die die primäre und ursprüngliche Keimzelle des gesellschaftlichen Seins darstellt – über die kulturelle Identität, bis hin zum Nationalstaat. „Volk“ darf man ja ohnehin nicht mehr sagen, alleine das spricht ja schon Bände.

Die Politik der „Schwarz-Rot-Grün-Links-Vereinigten“ will die Nation aufgeben und den „Demos“ – also das Staatsvolk, das in einer Demokratie die souveränen Herrschaftsrechte ausübt – entmachten. Peu à peu, Schritt für Schritt. Gerade so dosiert, dass es dem „unterworfenen Systemklaven“ nicht auffällt, dass er immer höhere Steuern, immer höhere Abgaben, immer höhere Sonderzahlungen an den Staat zu leisten hat und immer geringere Zinserträge für seine mühsam angesparten Altersgeldrücklagen erwarten darf. Ach was, geringere Zinserträge? Strafzinsen sind doch allemal zielführender.

„Willkommen machtloser Bürger, Du ehemaliger Souverän Deiner Demokratie, in der Du bis jetzt die mittelbare Herrschaft ausüben konntest, aber ab sofort in der herrlich offenen, toleranten und vielfaltsbunten neuen „One-World-Gesellschaft“, machtlos zwar, aber immerhin leben darfst.“

Ideologische Aufladung des Diskriminierungsbegriffes

Was als „Individualisierung“ daherkommt, also die Betonung des „Ich“, ist nichts anderes als die Zerstörung eines gemeinsamen und einigenden „Wir“. Jede soziale Gruppe definiert sich durch Gemeinsamkeiten, durch gemeinsame Schnittmengen, durch gemeinsam gelebte Traditionen. Durch die ideologische Aufladung des Diskriminierungsbegriffes ist es den linken Gesellschaftsingenieuren gelungen, den Fokus von vorhandenen Gemeinsamkeiten auf etwaige Unterschiede zu lenken. Die sinn- und identitätsstiftende Zuordnung zu einer beliebigen sozialen Gemeinschaft wird nun als aggressiv-beherrschend, dominant und ab- oder ausgrenzend gegenüber den Nicht-Mitgliedern einer solchen Gemeinschaft dargestellt. Überspitzt: Jede Eigenschaft einer beliebigen sozialen Gruppe bedeutet nunmehr die Unterstellung der Diskriminierung und der Unterdrückung der anderen.

Das bloße Feststellen von Unterschieden zwischen Fritz und Helga bedeutet nach dieser polit-ideologischen Denkart bereits die Unterdrückung der Frau durch den Mann. Über Fritz und Ahmed möchte man in diesem Zusammenhang gar nicht nachdenken.

Aus dem gleichen ideologischen Horn tönt der Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Vereinfachende, verallgemeinernde Stereotypen dürfen nicht sein. Diese müssen radikal abgelehnt werden. Es kann und darf nicht sein, dass der Bürger öffentlich darüber nachdenkt, warum „ein Mann“, zumeist „psychisch beeinträchtigt“, mit einem „Messer“ hantiert.

Kritische und konservative Bürger müssen umerzogen werden

Eine solcherart links-ideologisch konditionierte Gesellschaft definiert sich demnach nicht mehr über einen übergeordneten, historisch gewachsenen, kulturellen Urgrund. Eine Gesellschaft, die Unterschiede zwar anerkennt, aber das Gemeinsame, das gemeinsam Eigene in jeder Beziehung nach vorne

stellt, in ihrer Bedeutung höher schätzt. Mit dieser Meinung befindet man sich heute bereits außerhalb des Mainstreams und wird stante pede als „Rechter“ aus dem gesellschaftlichen Diskurs verwiesen. Der erkämpften kulturellen Hegemonie der „Linken“ sei dies gedankt.

Unsere Gesellschaft, unsere Identität, wirkt bereits völlig entwurzelt und entkernt. Wichtige Bevölkerungsgruppen, auch aus den werteschaaffenden Milieus, werden ausgegrenzt und gehören nicht mehr dazu, da sie die herbeifabulierte vielfaltsbunte, gendergagaeske, queere und cultural-gemainstreamte neue Gesellschaft nicht mit voller Begeisterung zu schätzen wissen.

Frau Merkel sagte auf dem Parteitag der CDU 2016 in Essen: „Zur Wahrheit gehört aber auch, dass manche, die schon immer in Deutschland leben, ebenfalls dringend einen Integrationskurs benötigen.“ Ah ja, klar doch, kritische und traditionsbewusste, also konservative Bürger müssen umerzogen werden, damit sie in die neue Gesellschaft passen. Und das Ganze dann unter dem Tarnmäntelchen der Toleranz. Da hat unsere Frau Bundeskanzler doch sicherlich auch die Mitglieder der Werte-Union gemeint, die hurtig in ein Umerziehungslager geschickt werden müssten.

Andere Gesellschaft als noch vor 25 Jahren

Das Verbindende – das Eigene, das Proprium – wird den Götzen „Vielfalt“, „Buntheit“ und „Toleranz“ geopfert. Nur Minderheiten dürfen sich als Gemeinschaft und als Gruppen definieren – gilt es doch, die vermeintliche Unterjochung durch die Mehrheit abzuwehren. Ein Hohn und Irrsinn angesichts des grundlegend demokratischen Mehrheitsprinzips.

Über Jahrhunderte gewachsene christliche und jüdische Werte, veredelt durch die Erkenntnisse der Aufklärung, das zusammenhaltende Band unserer Kultur und unserer Gesellschaft, werden ersetzt: Durch Egoismen, durch gegenseitiges

Misstrauen, durch Spaltung, durch Ablehnung und Leugnung jeder Gemeinsamkeit. So entsteht ein werte-, vernunft- und zukunftsloses Vakuum. Eine grauenhafte Vision, denn eine solche Gesellschaft befindet sich bereits im Stadium der vollkommenen Dekonstruktion.

Ein unvoreingenommener, sachlicher Blick in die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Großstadt reicht völlig aus, um zu erkennen, dass wir heute bereits über eine andere Gesellschaft reden, als etwa noch vor 25 Jahren. Dies allerdings in Worte zu packen und beredtes Zeugnis abzulegen, bedeutet, die allgegenwärtigen und sprungbereit wartenden Sitten- und Moralwächter des „Bessermenschen-Establishments“ auf den Plan zu rufen.

AfD muss kulturmarxistischen Wahnsinn beenden

Nie wurde deutlicher, dass die allseits propagierte Tabuisierung unserer noch vorhandenen gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten und unserer noch vorhandenen gesellschaftlichen Mehrheit kein „Mehr-an-Freiheit“ bedeutet, sondern stattdessen ein veritables Gedanken-Gefängnis à la Orwell ist. Dessen Ausmaße und Abmessungen von den Wärtern und den Interessensvertretern obskurer Minderheiten definiert wird. Ein Gedanken-Gefängnis, in dem der Selbstbehauptungswillen einer gewachsenen gesellschaftlichen kulturellen Identität durch kulturlose Anarchie ersetzt und vernichtet wird. So entsteht ein gesellschaftliches und kulturelles Vakuum, das dann eines Tages durch den unterwerfungs- und herrschsüchtigen Islam krachend gefüllt werden wird, der dann jedwedes gesellschaftliche Leben dominieren wird.

Es muss die prioritäre Querschnittsaufgabe der „Alternative für Deutschland“ sein – und vor allem bleiben – diesen kulturmarxistischen Wahnsinn zu benennen und ihm ein Ende zu setzen. Die kommunikationsstrategische Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit hat genau dieser prioritären Zielsetzung

zu entsprechen. Neben Sozial-, Renten- und Verteidigungspolitik, neben allen spezifischen Politikfeldern liegt unsere Zukunft in der Reanimation des bereits tödlich verwundeten Eigenen. Liegt unsere Zukunft in der Selbstbehauptung unserer aufgeklärten, rationalen und wertefundierten Gesellschaft.

Nur durch die „Alternative für Deutschland“, die derzeit als einzige Partei den Nationalstaat als zwingendes Element eines demokratischen Gemeinwesens sieht, ist Zukunft möglich. Nicht gänzlich auszuschließen ist, dass die „Werte-Union“ sich endlich besinnt und in eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit eintritt. Auch die wirklich freiheitlich denkenden Rest-Liberalen, die den nationalen Ansatz für essentiell halten, sind herzlich zur Zusammenarbeit eingeladen, sollten aber zuvor ihren opportunistischen Liberalla-Kern in die Wüste schicken.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)